



54. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Gremium: Ausschuss für Gesundheit und Soziales
Sitzungstermin: Dienstag, 18.03.2014, 18:00 Uhr
Ort, Raum: Raum 124, Haupthaus, Fr.-Ebert-Str. 79/81

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.02.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Bericht über die Arbeit des Pflegestützpunktes
- 5 Aktueller Stand zum Seniorenplan der Landeshauptstadt Potsdam
- 6 Bericht über die Umsetzung des Konzeptes zur Suchtprävention
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 7.1 Schulcoaches für Schülerinnen und Schüler mit mehrsprachigem Hintergrund an Potsdamer Schulen - **Wiedervorlage** -
13/SVV/0783 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 7.2 Fortführung des Bundesprogramms Bürgerarbeit über "Kommunale Initiative Arbeit Potsdam"
14/SVV/0147 Oberbürgermeister, Fachstelle Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung
 - 7.3 Ärztliche Versorgung im Neubaugebiet Krampnitz-Kaserne
14/SVV/0180 Fraktion Potsdamer Demokraten

- | | | |
|-----|---|---|
| 8 | Mitteilungen der Verwaltung | |
| 8.1 | Jahresbericht "Chancengleichheit 2011-2012"
13/SVV/0708 | Oberbürgermeister, Büro für
Chancengleichheit und Vielfalt
- Wiedervorlage - |
| 8.2 | Integrationsmonitoring 2013
13/SVV/0716 | Oberbürgermeister, Büro für
Chancengleichheit und Vielfalt
- Wiedervorlage - |
| 9 | Informationen der Ausschussmitglieder /
Termine | |



Niederschrift

53. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 25.02.2014
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:43 Uhr
Ort, Raum:	Raum 124, Haupthaus, Fr.-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	Sitzungsleitung
-------------------	-----------	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE	
Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE	Vertretung für: Frau Sudhoff, Solveig
Frau Birgit Morgenroth	SPD	
Frau Maike Dencker	CDU/ANW	von 18:05 Uhr bis 20:00 Uhr
Frau Hala Kindelberger	Bündnis 90/Die Grünen	ab 18:05 Uhr
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten	

sachkundige Einwohner

Frau Christine Anlauff	Die Andere	
Frau Angela Basekow	SPD	
Herr Ronny Besancon	DIE LINKE	
Herr Uwe Fröhlich	Grüne/B90	ab 18:15 Uhr
Herr Jörg Jutzi	DIE LINKE	
Herr Björn Karl	FDP	
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	
Herr Jan-Peter Schmarje	Behindertenbeirat	

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Geschäftsbereich 3	
---------------------------------	---------------------------------	--

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Solveig Sudhoff	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Heike Judacz	SPD	entschuldigt
Herr Dr. Ralf Otto	SPD	entschuldigt
Frau Jutta Busch	BürgerBündnis	nicht entschuldigt
Herr Jan Wendt	Die Andere	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Wolfgang Günther	SPD	nicht entschuldigt
Herr Steffen Koczott	SPD	entschuldigt
Herr Matthias Lack	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Barbara Müller	BürgerBündnis	entschuldigt
Frau Thi Minh Lien Ngo	Migrantenbeirat	entschuldigt
Frau Maria von Pawelsz-Wolf	CDU/ANW	entschuldigt

Gäste:

Herr Christoph Richter	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Frau Anka Latacz-Blume	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Herr Gregor Jekel	Bereich Wohnen
Frau Katja Fisch	Bereich Wohnen
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.12.2013 und 21.01.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Umsetzung Teilhabeplan
Vorlage: 13/SVV/0756
Fraktion Die Andere
- Wiedervorlage -
- 4.2 Schulcoaches für Schülerinnen und Schüler mit mehrsprachigem Hintergrund an Potsdamer Schulen
Vorlage: 13/SVV/0783
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Wiedervorlage -
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Information über die soziale Wohnraumversorgung der Landeshauptstadt Potsdam (Wohnungsmarktbericht 2012)
Vorlage: 13/SVV/0750
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 5.2 Konzeption zur Weiterentwicklung der Wohnungsnotfallhilfe in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 13/SVV/0779
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- Wiedervorlage -
- 5.3 Konzept zur Suchtprävention in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 13/SVV/0745
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- Wiedervorlage -
- 5.4 Jahresbericht "Chancengleichheit 2011-2012"
Vorlage: 13/SVV/0708
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 5.5 Integrationsmonitoring 2013
Vorlage: 13/SVV/0716
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

- 5.6 Evaluation der Sozialarbeit im Bereich der Asylbewerbungsverfahren
Vorlage: 13/SVV/0746
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- Wiedervorlage -
- 6 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Jana Schulze.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.12.2013 und 21.01.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Schulze stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 5 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss nicht beschlussfähig. Ab 18:05 Uhr ist mit 7 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern die Beschlussfähigkeit hergestellt.

Bestätigung der Niederschrift vom 17.12.2014

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

Bestätigung der Niederschrift vom 21.01.2014

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

Bestätigung der Tagesordnung

Frau Schulze teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag 13/SVV/0783 „Schulcoaches für Schülerinnen und Schüler mit mehrsprachigem Hintergrund an Potsdamer Schulen“ zurückstellt.

Des Weiteren soll die Mitteilungsvorlage 13/SVV/0716 „Integrationsmonitoring 2013“ zurückgestellt werden, da Frau Grasnick nicht an der heutigen Ausschusssitzung teilnehmen kann.

Die Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 2 Informationen der Verwaltung

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass die Landeshauptstadt Potsdam einen weiteren Wohnungsverbund zur Unterbringung ausländischer Flüchtlinge einrichten möchte. Am Alten Markt 10 werden durch die Pro Potsdam insgesamt bis zu 25 Wohnungen für die Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen bereitgestellt.

Am 19.02.2014 gab es eine Informationsveranstaltung für Anwohner, die gut angenommen wurde. Im Nachgang zur Veranstaltung gab es eine Unterstützungsangebote sowie den Vorschlag, zukünftig bei derartigen Informationsveranstaltungen eine Liste auszulegen, in der sich interessierte EhrenamtlerInnen, die unterstützend tätig sein wollen, eintragen können.

Das Ausschreibungsverfahren für die Trägerschaft des Wohnungsverbundes wird derzeit vorbereitet.

Zurzeit gibt es in der Landeshauptstadt Potsdam noch 29 freie Plätze für die Unterbringung Asylsuchender sowie 25 Notplätze und der Gemeinschaftsunterkunft An der Alten Zauche.

Auf Nachfrage teilt Frau Müller-Preinesberger mit, dass die Wohnungen im Objekt Alter Markt 10 nach bisheriger Beschlusslage für 10 Jahre genutzt werden können.

Das Bewertungsgremium hat in seiner Sitzung am 28.01.2014 aufgrund neuer Objektvorschläge folgendes neue Ranking festgelegt:

1. Am Staudenhof
2. Horstweg
3. Heinrich-Mann-Allee
4. Reservegrundstücke: Am Buchhorst 33, Laplacing, noch nicht bestimmtes Grundstück im Bornstedter Feld.

zu 3 Berichte aus den Beiräten**Behindertenbeirat**

Der Bericht des Behindertenbeirates liegt allen Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor.

Auf Nachfrage, wie mit der Situation im und am Landtag weiter umgegangen wird, erklärt Herr Schmarje, dass es weitere Gespräche zur Klärung gibt.

Herr Richter (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) ergänzt, dass er sich mit dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung in Verbindung setzen wird.

Ergänzend zum ausgereichten Bericht des Behindertenbeirates reicht er eine Einladung zum Informations- und Gedenktag in der Gedenkstätte Lindenstraße am 10.03.2014 aus.

Seniorenbeirat

Herr Puschmann hat aufgrund seines Urlaubs keine aktuellen Informationen aus dem Seniorenbeirat. Er kann aber berichten, dass der Umzug des Seniorenbüros in das Haus 2 auf dem Verwaltungscampus im März stattfinden wird.

Frau Schulze regt an, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales über die Konferenzen im Rahmen der Konferenzreihe „Was heißt hier alt: Uns gehört die Zukunft!“ zu berichten.

Migrantenbeirat

Frau Kindelberger erklärt, dass im Migrantenbeirat weiter die laufenden Themen bearbeitet werden. So wird u.a. die Wahl des neuen Migrantenbeirates vorbereitet für den bisher 10 Kandidat_innen (davon 9 mit Migrationshintergrund) ihre Formulare abgegeben haben. Die Abgabefrist endet am 17.04.2014.

Es werden zunehmend aus Kitas Probleme mit traumatisierten Flüchtlingskindern signalisiert. Hier wird gemeinsam mit Experten nach einer Lösung gesucht. Eine enge Abstimmung mit dem FB Kinder, Jugend und Familie findet statt.

Abschließend informiert sie, dass der Besuch des Migrantenbeirates in der Zentralen Ausländerbehörde in Eisenhüttenstadt aufgrund der Quarantäne verschoben werden musste und deshalb noch nicht erfolgt ist.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Umsetzung Teilhabeplan

Vorlage: 13/SVV/0756

Fraktion Die Andere

- Wiedervorlage -

Frau Anlauff bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Richter (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) weist darauf hin, dass im Dezember 2013 das Inklusionsgremium gegründet wurde. Ziel ist es, anhand einer Bewertungsmatrix eine Prioritätenliste zu erarbeiten. Die Prioritätenliste soll schrittweise entsprechend der aus den fachlich zuständigen Bereichen bereit gestellten finanziellen Mittel umgesetzt werden.

Hierfür sollen die Fachbereiche bis Anfang März ihre Zuarbeiten einreichen. Danach erfolgt eine Zusammenfassung, die im April 2014 im Inklusionsgremium beraten werden soll.

Frau Schulze schlägt vor, das Frageraster als Anlage zum Protokoll allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Frau Müller-Preinesberger ergänzt, dass auch geprüft werden muss, welche Maßnahmen bereits für die Haushaltsplanung 2015/2016 vorgesehen sind. Sie schlägt vor, vor der Sommerpause einen Zwischenbericht zu geben und einen weiteren Bericht im Herbst 2014.

Frau Schulze schlägt vor, den Antrag wie folgt zu ändern:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales in der April-Sitzung 2014 einen Zwischenbericht zur Umsetzung der im Lokalen Teilhabeplan aufgeführten Einzelmaßnahmen hinsichtlich ihrer finanziellen Auswirkungen vorzulegen.“

Nach der Sommerpause folgt ein weiterer Zwischenbericht.“

Frau Anlauff bittet um erneute Zurückstellung des Antrags.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Somit wird die Drucksache zurückgestellt.

zu 4.2 Schulcoaches für Schülerinnen und Schüler mit mehrsprachigem Hintergrund an Potsdamer Schulen

Vorlage: 13/SVV/0783

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Wiedervorlage -

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Information über die soziale Wohnraumversorgung der Landeshauptstadt Potsdam (Wohnungsmarktbericht 2012)

Vorlage: 13/SVV/0750

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Herr Jekel (Bereich Wohnen) gibt anhand einer Powerpoint-Präsentation einen Überblick über die soziale Wohnraumversorgung in der Landeshauptstadt Potsdam 2012. Dabei gibt er einen Überblick über die Entwicklung der Wohnbevölkerung sowie über die Wohnungsnachfrage und die Entwicklung der Zahl der WBS-Haushalte. Er verweist auf den kontinuierlichen Anstieg der Mietenentwicklung.

Abschließend macht er deutlich, dass in den zukünftigen Berichterstattungen die Fortschreibung wichtiger Zeitreihen sowie ein Abgleich mit den städtischen Zielsetzungen erfolgen soll. Des Weiteren ist zukünftig eine Ergänzung um Elemente eines Tätigkeitsberichtes geplant.

Bezüglich des Hinweises, dass aufgrund des knappen Leerstandes geprüft werden sollte, ob die Möglichkeit bestehe, Flüchtlinge in Brandenburg/Havel oder Frankfurt/oder unterzubringen, merkt Herr Jekel an, dass dies ein falsches Signal wäre. Die derzeit für die Flüchtlingsbetreuung genutzten Wohnungen können auch für andere Zielgruppen genutzt werden, wenn sich der Bedarf ändert.

Frau Müller-Preinesberger ergänzt, dass die Unterbringung der Flüchtlinge eine originäre Aufgabe der Stadt ist. Die Landeshauptstadt Potsdam hat eine Zuweisungsquote zu erfüllen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.2 Konzeption zur Weiterentwicklung der Wohnungsnotfallhilfe in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 13/SVV/0779

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- Wiedervorlage -

Frau Fisch (Bereich Wohnen) erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation die Konzeption zur Weiterentwicklung der Wohnungsnotfallhilfe der Landeshauptstadt

Potsdam und dankt allen Trägern, die bei der Erarbeitung mitgewirkt haben. Sie weist darauf hin, dass das Konzept alle zwei Jahre aktualisiert werden soll.

Ziel ist es, mit vereinten Kräften Wohnraum zu erhalten.

Sie gibt einen Überblick über die Entwicklung der Kündigungen, Klagen und Zwangsräumungen in Potsdam und erläutert die Maßnahmen zur Wohnungssicherung. Eine wesentliche Maßnahme ist hier die Weiterentwicklung der ambulanten Hilfen.

Anschließend erklärt sie das System der Obdachlosenunterbringung sowie die Ziele und Maßnahmen und hebt insbesondere die Unterstützung der AWO bezüglich der Winterhilfe 2013/2014 hervor.

Auf die Nachfrage, was von Seiten der LHP bei Sperrungen von Energieversorgern unternommen wird, erklärt Frau Fisch, dass die LHP jährlich mit der EWP im Gespräch ist und eine gute Kooperation besteht. In der Zeit von Mitte Dezember bis Mitte Januar erfolgen keine Sperrungen durch die EWP.

Wenn Betroffene vor der Sperrung Kontakt zur Verwaltung aufnehmen, kann eine vierwöchige Frist zur Klärung eingeräumt werden. Voraussetzung ist aber immer die Mitwirkung der Betroffenen.

Bezüglich der Anmerkung, dass bei der PWG 1956 und der WG 1903 keine Sozialarbeiter direkt im Unternehmen vorhanden sind, erklärt Frau Fisch, dass dies eine Entscheidung des Unternehmens ist. Hier gibt es eine anlassbezogene Zusammenarbeit auch mit dem Sozialarbeiter im Sozialraum.

Auf die Frage der Personalausstattung teilt sie mit, dass 2013 zwei Stellen hinzugekommen sind, was eine große Unterstützung ist.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.3 **Konzept zur Suchtprävention in der Landeshauptstadt Potsdam**

Vorlage: 13/SVV/0745

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

- Wiedervorlage -

Frau Schulze erinnert daran, dass zur Sitzung am 21.01.2014 die Stellungnahme der AG Suchtprävention ausgereicht wurde. Als Tischvorlage wurde allen Ausschussmitgliedern die Stellungnahme des AK Sucht Erwachsene ausgereicht.

Frau Latacz-Blume (FB Soziales und Gesundheit) erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation das Rahmenkonzept und macht darauf aufmerksam, dass Sucht keine Frage des Alters ist.

Sie weist darauf hin, dass in das Rahmenkonzept auch die 3. Studie über den Substanzkonsum Brandenburger Jugendlicher, die alle vier Jahre stattfindet, eingeflossen ist. Im Rahmenkonzept sind auch detaillierte Auskünfte über das Drogenkonsumverhalten der Potsdamer Schülerinnen und Schüler der 10. Klassen enthalten, die auch im Deutschlandtrend liegen.

Im Weiteren teilt Frau Latacz-Blume mit, dass die Stelle der Suchtkoordinierung ausgeschrieben ist. Bis zur Besetzung der Stelle wird Frau Linke (Gesundheitsamt) die Ansprechpartnerin sein. Frau Linke hat bereits Kontakt zur Herrn Schmolke (AG Suchtprävention Potsdam für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene) sowie zu Frau Dr. Neuhaus (AK Sucht Erwachsene Potsdam) aufgenommen.

Aus Nachfrage erklärt sie, dass die Stelle Suchtkoordinierung direkt als Stabsstelle bei Frau Linke angesiedelt sein wird.

Abschließend erklärt Frau Latacz-Blume, dass sich bei der Erarbeitung des Rahmenkonzeptes herausgestellt hat, dass der Bildungsbereich stärker eingebunden werden muss. Diesbezüglich hat das Staatliche Schulamt bereits Interesse an der

Mitarbeit bekundet.

Frau Müller-Preinesberger ergänzt, dass in der Steuerungsgruppe zur Umsetzung des Suchtkonzeptes MitarbeiterInnen des Jugendamtes, des Fachbereichs Gesundheit und Soziales, des Bildungsbereichs und sie selbst vertreten sein werden.

Der Koordinator/die Koordinatorin soll die Umsetzung des Konzeptes koordinieren. Die Gesundheits- und Sozialplanerin wird die planerischen Dinge zuarbeiten. Sie macht deutlich, dass der dargestellte Ausbau der Prävention nicht bedeutet, dass alle anderen Bereiche vernachlässigt werden. Die Prävention ist ein wichtiger Baustein, um Aufwüchse zu vermeiden.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.4 Jahresbericht "Chancengleichheit 2011-2012"

Vorlage: 13/SVV/0708

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Frau Schulze weist darauf hin, dass es sich bei dem vorliegenden Jahresbericht um einen Bericht über geleistete Arbeit handelt. Sie schlägt vor, die Drucksache zurückzustellen und bittet die Ausschussmitglieder, Fragen im Vorfeld der nächsten Sitzung bei Frau Spyra einzureichen.

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Die Mitteilungsvorlage wird zurückgestellt.

zu 5.5 Integrationsmonitoring 2013

Vorlage: 13/SVV/0716

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Die Mitteilungsvorlage wird zurückgestellt.

zu 5.6 Evaluation der Sozialarbeit im Bereich der Asylbewerbungsverfahren

Vorlage: 13/SVV/0746

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

- Wiedervorlage -

Frau Latacz-Blume (FB Soziales und Gesundheit) bringt die Mitteilungsvorlage ein und teilt mit, dass der Abschlussbericht des Qualitätsdialogs in der Sitzung des Ausschusses am 15.04.2014 vorgestellt werden soll. Sie weist darauf hin, dass es sich hierbei nicht um eine Evaluation sondern um einen Fachdialog auf Augenhöhe handelt.

Sie regt an, Frau Dr. Beer dann zu der Ausschusssitzung einzuladen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Herr Richter informiert, dass das nächste Forum für Menschen mit Behinderung am 24.04.2014 im Bürgerhaus am Schlaatz zum Thema Frauen mit Behinderung

stattfindet.

Frau Kindelberger informiert, dass am 25.03.2014, 17:00 Uhr die letzte Sitzung des Migrantenbeirates stattfindet. Hier wird es eine offene Diskussion geben, zu der auch die Stadtverordneten eingeladen werden sollen.

**Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales: 18. März 2014, 18:00 Uhr
im Raum 124 des Stadthauses**

**Jana Schulze
Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra
Schriftführerin**



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0783

öffentlich

Betreff:

Schulcoaches für Schülerinnen und Schüler mit mehrsprachigem Hintergrund an Potsdamer Schulen

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 19.11.2013

Eingang 902: 19.11.2013

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

04.12.2013 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, an den fünf am Meisten von für Schülerinnen und Schülern mit geringen Deutschkenntnissen besuchten Schulen schnellstmöglich Schulcoaches zur Verfügung zu stellen. In jedem Sozialraum sind die Mittel zur Verfügung zu stellen, um eine Schule je Bildungsgang zu sprachsensiblen Schulen zu entwickeln.

gez. S. Hüneke
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Ergebnis

Gremium:

Sitzung am:

einstimmig mit Stimmenmehrheit Ja Nein Enthaltung

überwiesen in den Ausschuss:

erledigt abgelehnt

Wiedervorlage:

zurückgestellt zurückgezogen

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Schülerinnen und Schüler, die erst im Schulalter nach Potsdam gekommen sind, verfügen nicht selten über geringe Deutschkenntnisse. Dies ist zunächst eine Hürde für die Teilnahme am Unterricht, aber auch für die Integration insgesamt. Ziel soll es sein, über die Sprachförderung für Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund an Potsdamer Schulen eine erfolgreiche Schulkarrieren und Integration zu fördern.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

14/SVV/0147

Betreff:

öffentlich

Fortführung des Bundesprogramms Bürgerarbeit über "Kommunale Initiative Arbeit Potsdam"

Einreicher: GB Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung

Erstellungsdatum 13.02.2014

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
05.03.2014	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bundesprogramm Bürgerarbeit wird über die „Kommunale Initiative Arbeit Potsdam“ fortgesetzt.

Hierzu werden 40 Stellen (30 VZE) bis zum 31.08.2016 über die kommunale Initiative Arbeit Potsdam zur Verfügung gestellt. Die anteilige Finanzierung der Stellen ist dabei über den § 16 e SGB II sicher zu stellen.

Die Vertragsgestaltung der Projektteilnehmenden erfolgt entsprechend des TVÖD.

Der Zuschuss der Landeshauptstadt Potsdam zur Realisierung des Gesamtvorhabens darf 1.400.000 € für bis zu 5 Jahre (2012 bis 2016) nicht überschreiten.

Überweisung in den Ortsbeirat/die Ortsbeiräte:

Nein

Ja, in folgende OBR:

Anhörung gemäß § 46 Abs. 1 BbgKVerf

zur Information

Finanzielle Auswirkungen? Nein JaDas **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als Pflichtanlage **beizufügen****Fazit Finanzielle Auswirkungen:****Finanzielle Auswirkungen:**

Die Darstellung der finanziellen Auswirkungen in der Beschlussvorlage berücksichtigt das gesamte Vorhaben von 2012 bis 2016. Die Pflichtanlage zur finanziellen Auswirkung zeigt dabei eine positive Abweichung i.H.v. 6.637 € für das Gesamtvorhaben auf.

Auf den Haushaltsvorbehalt für die Jahre 2015/2016 wird hingewiesen.

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

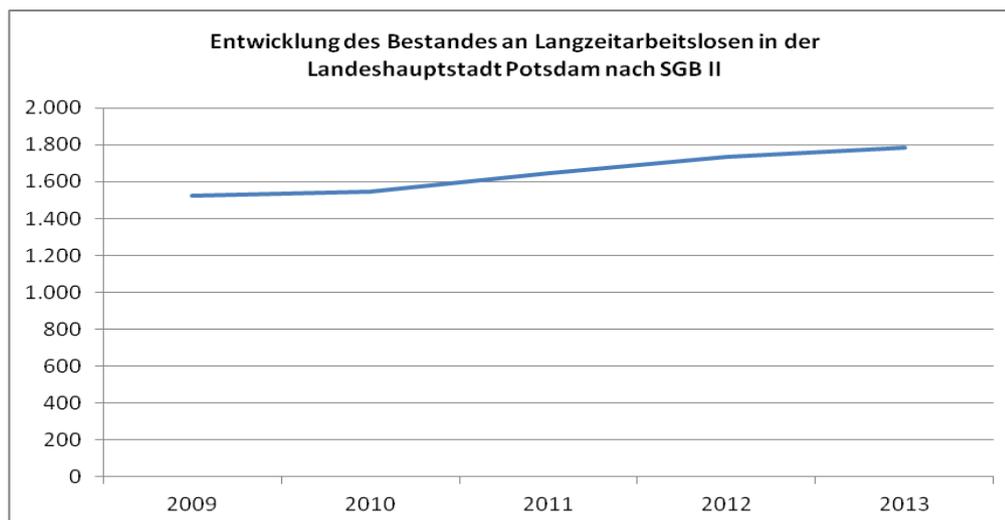
Geschäftsbereich 4

Berechnungstabelle Demografieprüfung:

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
3	1	0	1	1	140	große

Begründung:**1. Hintergrund**

Der Brandenburger Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Von einer guten Arbeitsmarktlage profitieren dabei vor allem Zielgruppen des SGB III – also Arbeitslosengeld I – Beziehende. Verschiedene Personengruppen sind jedoch bei dem Wiedereinstieg in das Erwerbsleben deutlich benachteiligt. So ist etwa der Anteil der Langzeitarbeitslosen weiterhin hoch und es besteht die Tendenz einer Verfestigung der Arbeitslosigkeit (siehe nachfolgende Grafik). Eine fehlende Berufsausbildung, fehlende Qualifikationen, gesundheitliche Einschränkungen, zu pflegende und zu betreuende Familienangehörige oder aber eine langwierige Arbeitslosigkeit sind Barrieren, die eine erfolgreiche Integration in den ersten Arbeitsmarkt verhindern.



(Datenquelle: Agentur für Arbeit, Stand Oktober 2013)

Weiterhin kommt erschwerend hinzu, dass sich die derzeitigen arbeitsmarktpolitischen Instrumente – auch in Folge der Änderungen des Förderinstrumentariums im Rahmen der letzten Instrumentenreform im Jahr 2011 und der drastischen Kürzungen im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung – als unzureichend erweisen. Eine Gesetzesinitiative aus dem Juni 2013 nahm sich möglicher Änderungen und einer Verstärkung des Instrumentariums an, wurde jedoch durch den Bundestag nicht verabschiedet. Im Koalitionsvertrag unserer neuen Bundesregierung findet das Instrument der öffentlich geförderten Beschäftigung keine Erwähnung, da hierbei der erste Arbeitsmarkt als aufnahmefähig deklariert wird – die Realität zeigt jedoch noch das Gegenteil auf.

Die Fachstelle Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung sieht sich in der sozialen Verantwortung, diese Gruppe von Langzeitarbeitslosen weiterhin gezielt zu unterstützen. Dabei spielt das Instrument der öffentlich geförderten Beschäftigung eine wesentliche Rolle.

Aktuell setzt die Fachstelle Arbeitsmarktpolitik das Bundesprogramm Bürgerarbeit innerhalb der Stadtverwaltung Potsdam mit 49 (=36,75 VZE) eingerichteten Stellen um. Die entsprechenden Arbeitsverträge sind entsprechend des Teilzeit- und Befristungsgesetzes für zwei Jahre abgeschlossen worden. Die integrierten Teilnehmenden sind dabei durchschnittlich 10 Jahre vor Eintritt in die Bürgerarbeit nicht am ersten Arbeitsmarkt tätig gewesen.

Die Arbeitsverträge laufen vom 15.04.2014 bis Ende Juli 2014 sukzessive aus. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Motivation zu arbeiten bei allen Teilnehmenden ausgesprochen hoch ist, davon zeugt unter anderem ein durchschnittlicher Krankenstand von 12,4 Tagen/Jahr. Grundsätzlich alle Teilnehmenden weisen in der alltäglichen Arbeit ein positives Qualifizierungsverhalten auf. Interne Fortbildungen wurden regelmäßig angeboten und wahrgenommen.

Seitens der 16 unterschiedlichen geschäftsbereichsübergreifenden Einsatzstellen kam im Projektverlauf regelmäßig ein außerordentlich positives Feedback. Der Einsatzwille eines jeden Teilnehmenden und die Unterstützung zusätzlicher Vorhaben wurden durchweg positiv beschieden.

Die Erfahrungen und Zwischenergebnisse der Bürgerarbeit wurden zur Nachverfolgung des Beschlusses 12/SVV/0009 dem Gesundheits- und Sozialausschuss am 17.12.2013 ausführlich präsentiert.

§16e SGB II bietet die Möglichkeit, die positiven Erfahrungen aus der Bürgerarbeit aufzugreifen und das Instrument der öffentlich geförderten Beschäftigung für zwei Jahre fort zu führen. Es werden über diesen Paragraphen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ohne Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gefördert. Die Förderung besteht in einem Zuschuss zum Arbeitsentgelt und beträgt eine Höhe von bis zu 75% für maximal 2 Jahre.

Ziel ist es, auch künftig für langzeitarbeitslose, arbeitsmarktferne Personen mit mindestens zwei weiteren Vermittlungshemmnissen, Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen, um damit den Teilnehmenden erwerbsbezogene Qualifizierung und soziale Integration zu ermöglichen und sie an die Anforderungen des allgemeinen Arbeitsmarktes heranzuführen. Die Förderung schafft damit eine mittelfristige Arbeitsmarkt-Perspektive. Aufgrund der persönlichen Voraussetzungen der Teilnehmenden handelt es sich bei den Tätigkeiten um einfache, möglichst im Helferbereich angesiedelte Stellen.

2. Sachstand zum Programm

Für die Umsetzung des Projektes „kommunale Initiative Arbeit Potsdam“ greift die Fachstelle größtenteils auf die bereits geschaffenen Strukturen (Einsatzstellen, Projektmanagement, Sozialarbeit) aus dem Modellprojekt Bürgerarbeit zurück. Das Projekt erwies sich für die entsprechenden Einsatzstellen als große Unterstützung. Dabei waren die bisherigen maßgeblichen Kriterien der Zusätzlichkeit, des öffentlichen Interesses und Wettbewerbsneutralität für die Tätigkeiten eine besondere Herausforderung. Diese ist bei einer Förderung über §16e SGB II nicht mehr von Bedeutung und bietet dem Folgeprojekt in der Gestaltung des Tätigkeitsfeldes mehr Möglichkeiten. Für die Teilnehmenden hätte die Umsetzung eines solchen Vorhabens den Vorteil, tatsächlich arbeitsmarktnah gefördert und qualifiziert zu werden.

Der Entscheidung über die Möglichkeit einer Beschäftigungsförderung gemäß §16e SGBII, welche das Jobcenter trifft, muss eine mindestens sechsmonatige verstärkte vermittelnde Unterstützung vorausgehen = Aktivierungsphase.

Das Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam hat derzeit 80 Kunden in der vorgeschalteten „Aktivierungsphase“. Weiterhin ist es geplant, ehemalige Teilnehmende des aktuell laufenden Projektes Integrationsbegleitung bei nicht erfolgter Integration in den Arbeitsmarkt, in die „Aktivierungsphase“ einzusteuern.

In enger Zusammenarbeit mit dem Jobcenter werden Informationsveranstaltungen, Vorabtermine und Auswahlgespräche stattfinden, sodass die persönlichen Voraussetzungen der Teilnehmenden mit den entsprechenden Tätigkeitsfeldern der Einsatzstellen bestmöglich in Einklang gebracht und eine gewisse Eignung festgestellt werden kann. Gegebenenfalls gibt es die Möglichkeit, einzelne Teilnehmende mit Hilfe von Qualifizierungen auf die entsprechende Tätigkeit vorzubereiten.

Gespräche bzw. Absprachen mit dem Personalservice und Personalrat bezüglich der Entgeltgestaltung und der Art der auszuübenden Tätigkeiten laufen parallel.

Seitens der Fachstelle Arbeitsmarktpolitik wurden - in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung - Bedarfe der Einsatzstellen ermittelt (siehe Anhang: Übersicht).

3. Die Landeshauptstadt Potsdam als Arbeitgeber

Die Stadtverwaltung Potsdam tritt als direkter Arbeitgeber für die Teilnehmenden auf. Dies ermöglicht es, der Verwaltung den Einsatz nutzbringend für die Verwaltung zu gestalten, Unterstützung für eine Vielzahl an Einsatzstellen bereit zu stellen und die Beantragung gebündelt im Hause des Jobcenters vorzunehmen.

Gleichfalls bietet die individuelle Begleitung durch das Projektmanagement und die Sozialarbeit für die Teilnehmenden eine gezielte Unterstützung, um die Perspektive einer Einmündung in den ersten Arbeitsmarkt auszubauen.

4. Nutzen der Landeshauptstadt Potsdam

Aus Sicht des Geschäftsbereichs Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung ist ein Anschlussprojekt im Bereich öffentlich geförderte Beschäftigung aus folgenden Gründen wünschenswert:

- Für die potenziellen Teilnehmenden bedeutet eine Integration in das Projekt: eine Erhöhung des sozialen Teilhabeempfindens, den Abbau von Vermittlungshemmnissen, die Schaffung sozialer Kontakte im Arbeitszusammenhang und die Heranführung an den regulären Arbeitsmarkt. Viele der möglichen Teilnehmenden werden trotz intensiver Bemühungen in absehbarer Zeit keine Chance am ersten Arbeitsmarkt erhalten. Arbeitsmarktbezogene Qualifizierung und die Integration in Arbeit sind mit einer Steigerung des Humankapitals der Teilnehmenden verbunden.
- Die Landeshauptstadt Potsdam hat mit diesem Ansatz die Möglichkeit, Beschäftigung statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.
- Die Landeshauptstadt Potsdam hat mit Unterstützung der Förderung die Möglichkeit, einen Beitrag zur Stärkung kommunaler Strukturen zu leisten.

Die derzeitig akquirierten Einsatzfelder im Interesse der Landeshauptstadt Potsdam sind:

- Bereich Grünflächen
- Bereich Friedhöfe
- Bereich Kultursteuerung und -marketing
- Potsdam Museum
- Bürgerservice
- Ausländerbehörde
- Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
- Naturkundemuseum
- Bereich gesundheitssoziale Dienste
- Fachstelle Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung
- Stadt- und Landesbibliothek

5. Finanzielle Auswirkungen

Da es sich aufgrund der Förderung und der entsprechenden Zielgruppe um Helfertätigkeiten handelt, erfolgt die Vertragsgestaltung nach dem TVöD und die Eingruppierung für 15 Einsatzstellen in die E3 (=11,25VZE) und für 25 (=18,75VZE) Einsatzstellen in die E2 Ü. Die wöchentliche Arbeitszeit umfasst 30 Stunden.

Vorbehaltlich der Bewilligung der Förderung durch das Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam finanziert die Stadtverwaltung Potsdam den Ausgleich zum berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgelt. Das Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam sichert der Stadtverwaltung Potsdam 40 nach §16e SGBII geförderte Arbeitsverhältnisse zu (40 Stellen = 30VZE sind bereits für den Haushalt 2014 eingeplant), wobei die Förderung im ersten Jahr 75% und im zweiten Jahr mindestens 50% des Arbeitsentgeltes entspricht.

Um die finanziellen Aufwendungen für die Landeshauptstadt zu reduzieren, wird eine Beantragung von weiteren Mitteln aus dem Landesprogramm „Arbeit für Brandenburg“ angestrebt. Dabei ist jedoch zu beachten, dass eine Zusätzlichkeit der Tätigkeiten zu begründen ist.

Darüber hinaus werden Sachkosten in Höhe von 10.000€/Jahr eingeplant. Diese sollen der Absicherung einer optimalen Umsetzung des Projektes hinsichtlich Arbeitsbekleidung, Qualifizierung und externes Coaching der Teilnehmenden und Ausstattung des Arbeitsplatzes dienen.

Die Änderung der Beschlussvorlage 12/SVV 0009 und damit die Verlängerung des Ansatzes der öffentlich geförderten Beschäftigung innerhalb der Stadtverwaltung Potsdam wird durch nicht beanspruchte Mittel in den Haushaltsjahren 2012 und 2013 das ursprünglich geplante Gesamtvolumen von 1.400.000,00 € nicht überschreiten.

Zur Finanzierung werden ebenfalls in den Jahren 2014 bis zum 31.08.2016 eingesparte Kosten der Unterkunft i.H.v. 167.040,00 € als Deckung genutzt. Die Einsparungen entstehen nachweislich durch den Wegfall oder die Verringerung der SGBII-Leistungsansprüche, was durch die Integration der langzeitarbeitslosen Leistungsberechtigten in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis bei der Stadtverwaltung Potsdam erreicht wird. Die durchschnittlich im Jahr 2012 eingesparten Kosten der Unterkunft betragen entsprechend einer Spitzabrechnung im Rahmen der Bürgerarbeit rund 250,00 €/ Monat und Teilnehmenden. Abzüglich der Bundeserstattung zu den Kosten der Unterkunft sind dies 174€/ Monat/ Teilnehmenden. Bezogen auf 40 Beschäftigungsverhältnisse wären rund 83.520,00 €/Jahr erreichbar.

In Zahlen stellt sich der Aufwand entsprechend der Planung wie folgt dar:

	2012 (ab 2. Quartal)	2013	2014	2015	2016	Summe	
"Förderung von Arbeitsverhältnissen" - KIA (Kommunale Initiative Arbeit)							
n e u e r A n s a t z	Personalkosten gesamt	0,00 €	0,00 €	508.536,72 €	930.522,00 €	363.542,60 €	1.802.601,32 €
	Sachkosten	0,00 €	0,00 €	7.500,00 €	10.000,00 €	2.500,00 €	20.000,00 €
	Erträge Jobcenter	0,00 €	0,00 €	354.793,06 €	512.084,54 €	181.771,30 €	1.048.648,90 €
	Erträge über "Arbeit für Brandenburg" (10TN 250€/Monat)	0,00 €	0,00 €	18.000,00 €	30.000,00 €	12.000,00 €	60.000,00 €
	eingesparte KDU	0,00 €	0,00 €	49.590,00 €	83.520,00 €	33.930,00 €	167.040,00 €
	Kosten der Realisierung						
	PK (3001) FAV 04/15 bis 08/16	0,00 €	0,00 €	0,00 €	74.414,67 €	64.594,32 €	139.008,99 €
	Bedarf FAV	0,00 €	0,00 €	93.653,66 €	389.332,13 €	202.935,62 €	685.921,41 €
"Bürgerarbeit" laut Beschluss vom 25.01.2012, Beschlussvorlage 12/SVV/0009							
P L A N	Personalkosten gesamt	827.849,60 €	1.192.853,45 €	1.133.484,13 €	275.949,87 €	0,00 €	3.430.137,05 €
	Erträge über Bundesprogramm	534.600,00 €	712.800,00 €	712.800,00 €	178.200,00 €	0,00 €	2.138.400,00 €
	mgf. weitere Erträge aus Arbeit für Brandenburg (43 Teilnehmende, 250 €/ Monat)	96.750,00 €	129.000,00 €	32.250,00 €	0,00 €	0,00 €	258.000,00 €
	Kosten der Realisierung						
	PK (151/ 3802)	87.048,56 €	118.572,19 €	123.499,73 €	31.215,91 €	0,00 €	360.336,39 €
	Bedarf laut Beschluss vom 25.01.2012	283.548,16 €	469.625,64 €	511.933,86 €	128.965,78 €	0,00 €	1.394.073,44 €
"Bürgerarbeit" IST 2012 + 2013/Prognose 2014							
I S T	Personalkosten	578.283,63 €	866.571,91 €	343.393,58 €	0,00 €	0,00 €	1.788.249,12 €
	Erträge über Bundesprogramm	410.193,75 €	590.081,60 €	238.327,70 €	0,00 €	0,00 €	1.238.603,05 €
	Erträge über Arbeit für Brandenburg (20 Teilnehmende, 250€/Monat)	36.633,33 €	53.158,33 €	19.450,00 €	0,00 €	0,00 €	109.241,66 €
	Kosten der Realisierung						
	PK (3001) bis 03/15	65.985,53 €	80.139,39 €	91.576,07 €	23.409,42 €	0,00 €	261.110,41 €
	Bedarf Bürgerarbeit	197.442,08 €	303.471,37 €	177.191,95 €	23.409,42 €	0,00 €	701.514,82 €
Einsparung Bürgerarbeit	86.106,08 €	166.154,27 €	334.741,91 €	105.556,36 €	0,00 €	692.558,62 €	
Ertrag laut Plan	631.350,00 €	841.800,00 €	745.050,00 €	178.200,00 €	0,00 €	2.396.400,00 €	
Ertrag neu	446.827,08 €	643.239,93 €	680.160,76 €	625.604,54 €	227.701,30 €	2.623.533,61 €	
Aufwand laut Plan	914.898,16 €	1.311.425,64 €	1.256.983,86 €	307.165,78 €	0,00 €	3.790.473,44 €	
Aufwand neu	644.269,16 €	946.711,30 €	951.006,37 €	1.038.346,09 €	430.636,92 €	4.010.969,84 €	
Saldo laut Plan	283.548,16 €	469.625,64 €	511.933,86 €	128.965,78 €	0,00 €	1.394.073,44 €	
Saldo neu	197.442,08 €	303.471,37 €	270.845,61 €	412.741,55 €	202.935,62 €	1.387.436,23 €	
Abweichung zum Planansatz	86.106,08 €	166.154,27 €	241.088,25 €	-283.775,77 €	-202.935,62 €	6.637,21 €	
+ Verbesserung / - Verschlechterung							

IST:

Die Personalkosten und damit verbundenen Förderungen der Teilnehmenden der Bürgerarbeit für 2014 wurden unter Berücksichtigung der auslaufenden Verträge (Vertragsenden sind aufgrund der 2-Jahres-Verträge bekannt) berechnet, sodass diese Kosten lediglich weniger werden können.

Neuer Ansatz:

Die bis zu 40 Stellen (=30VZE) werden dabei unter Wahrung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes für bis zu zwei Jahre mit den Teilnehmenden besetzt.

Plan:

Der Beschluss 12/SVV/0009 deckt bis 2015 einen wesentlichen Teil der entstehenden Kosten ab. Die geplanten FAV-Stellen für 2014 sind bereits durch die Stellen der Bürgerarbeit gedeckt, sodass für 2015 und 2016 die 40 Stellen (=30VZE) einzuplanen sind.

Die Personalkosten zur Realisierung des Projektes sind bis Ende März 2015 bereits über den Beschluss gedeckt, sodass über die Änderung des Beschlusses diese Kosten ab April 2015 bereit gestellt werden.

6. Kosten der Realisierung

Zur Realisierung des Vorhabens werden zudem über den Beschluss 12/SVV/0009 hinaus, zwei Stellen benötigt, die die Koordinierung, Abrechnung und sozialpädagogischen Begleitung der Teilnehmenden abdecken.

Bis April 2015 deckt der Beschluss diese beiden Vollzeitstellen in der Fachstelle Arbeitsmarktpolitik. Die Änderung des Beschlusses bewirkt eine Verlängerung der Stellen bis 31.08.2016.

Die entsprechenden Aufgaben stellen sich dabei wie folgt dar:

Stelle - Sozialpädagogische Begleitung

Seitens der Projektsteuerung soll innerhalb der Fachstelle Arbeitsmarktpolitik eine sozialpädagogische Begleitung für die einzelnen Teilnehmenden auch im Folgeprojekt sicher gestellt werden. Dieses Angebot setzt genau dort an, wo die Bundesmittel aufhören. Somit werden weder die Teilnehmenden noch die beteiligten Mitarbeiter/innen der Einsatzstellen in dem meist mit erheblichen Herausforderungen verbunden Prozess der FAV-Arbeitsaufnahme und -umsetzung allein gelassen. Im

Rahmen dieser Begleitung wird engmaschig sozialpädagogisch beraten und begleitet, sodass die Teilnehmenden in der Lage sind, ihre Aufgaben- und Tätigkeitsfelder im erforderlichen Umfang und der erforderlichen Güte auszuführen.

Die sozialpädagogische Begleitung umfasst für die Teilnehmenden u. a. ein beschäftigungsbegleitendes Coaching, die Erfassung und Umsetzung von Qualifizierungsbedarfen, individuelle Bewerbungsberatung sowie Beratung zur beruflichen (Neu-)Orientierung und unterstützt bei persönlichen Problemlagen.

Auf Grundlage stabilisierter Arbeitsmarktperspektiven kann der Vermittlungsprozess in den regulären Arbeitsmarkt forciert werden. Hier soll die sozialpädagogische Begleitung bei Arbeitgebern Vorurteile gegenüber Langzeitarbeitslosigkeit abbauen und potentiellen Arbeitgebern beratend zur Seite stehen sowie als Mittler zwischen Arbeitgeber und Bewerber agieren. Den Teilnehmenden steht somit ein umfassendes Beratungs- und Unterstützungsangebot zur Verfügung, das zur nachhaltigen Sozialisation beiträgt und die Integrationsaussichten erhöht.

Die bisher gesammelten Erfahrungen bei der Arbeit mit den Teilnehmenden der Bürgerarbeit bestätigt die Notwendigkeit einer intensiven sozialpädagogischen Begleitung.

Vergleichbare Maßnahmen im Jobcenter werden mit einem personellen Schlüssel von einem Sozialarbeiter für maximal 20 Teilnehmende umgesetzt.

Die direkte Nähe zu den Einsatzstellen und die Anleitung bei der Integration in Arbeit, ermöglicht es hierbei das Vorhaben mit einer vollen Stelle „Sozialarbeit“ zu realisieren.

Stelle - Projektmanagement

Inhalt dieser Stelle ist schwerpunktmäßig der Abschluss der Bundesförderung Bürgerarbeit als auch die Beantragung der Arbeitsplätze und die monatliche Abrechnung der Förderung im Sinne §16e SGBII beim Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam. Weiterhin ist das Projektmanagement für sämtliche Angelegenheiten bzw. Zuarbeiten für die am Projekt Beteiligten (Personalservice, Personalrat, Verantwortliche der Einsatzstellen, Jobcenter und Teilnehmende) zuständig.

Zudem wird eine Kofinanzierung über das Landesprogramm „Arbeit für Brandenburg“ mit 250 € für maximal 10 Teilnehmende und zwei Jahre beantragt. Diese Beantragung und Abrechnung wird ebenfalls über die Stelle Projektmanagement sicher gestellt.

In Abhängigkeit des finanziellen Volumens und der unterschiedlichen Finanzierungsarten ist hierbei die Fortführung einer vollen Stelle unabdingbar.

7. Darstellung des Erfolges einer finanziellen Beteiligung

Mit Hilfe einer Umsetzung des Projektes „kommunale Initiative Arbeit Potsdam“ in der Landeshauptstadt Potsdam besteht die Möglichkeit, zusätzlich kommunale Strukturen zu stärken und zu festigen, die in die Haushaltsplanungen in dieser Form nicht eingeflossen sind. Die Förderung der Lohnkosten durch das Jobcenter stellt einen messbaren fiskalischen Wert in Form von Erträgen dar. Ein Folgeprojekt für das Modellvorhaben Bürgerarbeit ist aufgrund der bereits geschaffenen Strukturen, der gesammelten Erfahrungen, der positiven Bewertungen der Einsatzstellen und dem Nutzen sowohl für die Stadt als auch für die Teilnehmenden, begründbar.

Für die Realisierung der 40 Einsatzstellen (=30VZE) können für insgesamt 2 Jahre 1.048.648,90 € eingeworben werden.

Eine weitere Akquise von Landesmitteln über das Programm „Arbeit für Brandenburg“ ist denkbar und wird angestrebt. Für zwei Jahre sind hierbei weitere Erträge zur Finanzierung von Personalkosten i.H.v. 60.000 € denkbar und erstrebenswert.

Die strukturwirksamen Beiträge des Projektes zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur, der Planung und Umsetzung zusätzlicher kultureller Veranstaltungen, die Unterstützung im Seniorenbüro und Potsdam Museum, die Verschönerung bzw. Sauberhaltung der Friedhofsbereiche, Verbesserung der Kundenzufriedenheit in Form von Besucherumfragen, Unterstützung des Fachpersonals in einzelnen Bereichen hingegen, lässt sich an dieser Stelle nur schwer in Zahlen fassen.

Ein weiterer bisher nicht messbarer Mehrwert stellt die Erhöhung von Rentenansprüchen dar. Über die zweijährige sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wird ebenfalls die Rentenanwartschaft verbessert. Die Wahrscheinlichkeit eine Rente zu bekommen oder den Bezug der Grundsicherung im Alter zu mindern ist gegeben.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

14/SVV/0180

öffentlich

Betreff:

Ärztliche Versorgung im Neubaugebiet Krampnitz-Kaserne

Einreicher: Fraktion Potsdamer Demokraten

Erstellungsdatum 18.02.2014

Eingang 922: 18.02.2014

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
05.03.2014	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass bei der Planung des Neubaugebietes in Krampnitz die ärztliche Versorgung einschließlich einer Apotheke sichergestellt wird. Hierfür sind geeignete Flächen vorzuhalten.

gez. Schultheiß
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der „Bedarfsplan“ der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg lässt in nahezu allen ärztlichen Fachgebieten (Hausärzte, Augenärzte, Kardiologen usw.) die Niederlassung zusätzlicher Ärzte nicht zu. Insofern dürfte es schwierig sein, für das Neubaugebiet Krampnitz mit ca. 3.500 zu erwartenden Einwohnern Ärzte zu gewinnen.

Eine Hilfe könnte sein, wenn das städtische Klinikum Ernst-von-Bergmann ein medizinisches Versorgungszentrum (ehem. Poliklinik) in Krampnitz errichten würde. Deshalb müssen bei der Entwicklung des Gebiets bereits jetzt entsprechende Flächen vorgehalten werden.

Dieses Versorgungszentrum würde sich neben Krampnitz auch positiv auf viele andere Ortsteile auswirken (Neufahrland, Fahrland, Marquardt, Groß Glienicke, Sacrow u. a.).



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0708

Betreff:
Jahresbericht "Chancengleichheit 2011-2012"

öffentlich

**bezüglich
DS Nr.:**

Erstellungsdatum 23.10.2013

Eingang 902: 23.10.2103

Einreicher: Oberbürgermeister

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

06.11.2013 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Jahresbericht „Chancengleichheit 2011-2012“, der aus Ressourcengründen für die Jahre 2011 und 2012 zusammengefasst wurde.

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt

zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0716

Betreff:
Integrationsmonitoring 2013

öffentlich

**bezüglich
DS Nr.:**

Erstellungsdatum 24.10.2013

Eingang 902: 24.10.2013

Einreicher: Oberbürgermeister

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

04.12.2013 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt legt den Stadtverordneten das Integrationsmonitoring 2013 vor.

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt

zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

